

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

**Per E-Mail an: [datenerhebung@e-control.at](mailto:datenerhebung@e-control.at)**

Kontakt  
DI Ursula Tauschek

DW  
223

Unser Zeichen  
TA/CF - 21/2017

Ihr Zeichen

Datum  
20.11.2017

## **Stellungnahme zur Konsultation Elektrizitäts-Monitoring-Verordnung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Entwurf Stellung nehmen zu dürfen.

### **Unsere wesentlichen Kritikpunkte zur Konsultation der Elektrizitäts-Monitoring-Verordnung sind:**

- Eine Ausweitung der Datenerhebungen nach § 88 ohne entsprechende gesetzliche Grundlage wird abgelehnt (§ 2 Abs. 2 Z 7 und 8, § 2 Abs. 3 und Abs. 4 Z 1, § 3 Abs. 2 Z 2 und Abs. 3).
- Beibehaltung des bisherigen Meldetermins, 31. März des jeweiligen Folgejahres.

### **Zu den einzelnen Punkten des Begutachtungsentwurfes nehmen wir wie folgt Stellung:**

#### **Zu § 2 Abs. 2 Z 3: Erhebung Netzbetreiber**

Die Bearbeitungsdauer für die technische Herstellung des Neuanschlusses ist nach dem Entwurf der VO der Zeitraum des unterzeichneten Vertrages durch den Kunden, darin verstehen wir das unterfertigte Angebot, bis zur Einschaltbereitschaft des Netzanschlusses.

Sollte damit die tatsächliche Dauer der technischen Errichtung eines Netzanschlusses abgefragt werden, ist das aus unserer Sicht nicht aussagekräftig.

Zwischen der Rücksendung der unterfertigten Angebotszweitschrift, die meist unmittelbar nach Angebotsvorlegung erfolgt, und der tatsächlichen Errichtung des Netzanschlusses vergehen je nach Baufortschritt des Kunden oft Wochen oder Monate (z.B. bei Antragstellung im Spätherbst) bis es zu einer technischen Ausführung kommt. Der

Netzbetreiber hat in solchen Fällen keinen Einfluss auf die Errichtungsdauer im Sinne der Abfrage des VO Entwurfes.

**Zu § 2 Abs. 2 Z 7 und 8: Erhebung Netzbetreiber****Zu § 2 Abs. 3 und Abs. 4 Z 1: Erhebung Netzbetreiber**

Die in § 2 Abs. 2 Ziffer 7 und 8 sowie § 2 Abs. 3 und Abs. 4 Ziffer 1 angeführten Daten wurden bislang nicht im Rahmen der Datenerhebung nach § 88 Abs. EIWOG 2010 erhoben. Weiters ist in § 88 EIWOG 2010 auch keine gesetzliche Deckung für eine entsprechende Anordnung gegeben.

Selbst für den Fall, dass die in den vorgenannten Bestimmungen angeordneten Datenerhebungen bereits nach anderen Datenmeldungen und für andere Zwecke erhoben werden, ist festzuhalten, dass eine Ausweitung der Datenerhebungen nach § 88 und damit des Verwendungszweckes erhobener Daten ohne entsprechende gesetzliche Grundlage unzulässig ist.

**Zu § 2 Abs. 5: Erhebung Netzbetreiber**

Auf eine wortgleiche Anführung des Erhebungsumfangs wie in der der E-EnLD-VO 2014 sollte verzichtet werden. Wir schlagen vor § 2 Abs. 5 zu streichen und neu unter § 2 Abs. 2 Z 9 einzufügen:

*9. die Zuverlässigkeit des Netzes gemäß § 15 Abs. 4 der Elektrizitäts-Energielenkungsdaten-Verordnung 2014 (E-EnLD-VO 2014), BGBl. II Nr. 152/2014.*

**Zu § 3: Erhebung Lieferant**

Die Vorgabe des § 15 Elektrizitätsstatistik VO, nach der die Netzbetreiber eine Zuordnung u.a. nach den Verbrauchergruppen "Haushalte" und "Nicht-Haushalte" durchzuführen haben und diese dem Lieferanten (im Rahmen des Versorgerwechsels) zur Verfügung stellen müssen, ist aus unserer Sicht bisher noch nicht entsprechend umgesetzt. Aus diesem Grund können Lieferanten derzeit keine validen Angaben zu einer Untergliederung in Verbraucherkategorien geben.

**Zu § 3 Abs. 1 Z 2 lit b: Erhebung Lieferant**

Die unter lit b durchgeführte Änderung führt zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand und ist technisch/terminlich kaum umzusetzen. Die Änderung ist zurück zu nehmen.

**Zu § 3 Abs. 2 Z 2 und Abs. 3: Erhebung Lieferant**

In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass "... die zu erhebenden Daten im Wesentlichen bereits von den meldepflichtigen Unternehmen zu melden (sind) und nicht neu eingerichtet werden (müssen)."

Allerdings werden im § 3 Absatz 2 Ziffer 2 und Absatz 3 von den Lieferanten weitere Daten verlangt, die über die bisherigen Inhalte hinausgehen.

Zur Erhebung dieser Daten ist in § 88 EIWOG 2010 keine gesetzliche Deckung für eine entsprechende Anordnung gegeben.

Die Meldung der "Anzahl der Mahnungen mit eingeschriebenem Brief gemäß § 82 Abs. 3 ElWOG 2010" ist in § 8 Abs 2 Ziffer 3 d Elektrizitätsstatistik VO eindeutig als Aufgabe der Netzbetreiber definiert. Für eine dazu analoge Meldung durch den Lieferanten besteht keine gesetzliche Deckung und wir lehnen diese Meldungsanforderung entsprechend ab.

Andererseits ist die Meldung der Anzahl der Endverbraucher, die unter Berufung auf die Grundversorgung versorgt werden, redundant zu § 8 Abs. 1 Ziffer 2b Elektrizitätsstatistik VO und daher entbehrlich.

#### **Zu § 4 Abs. 2: Datenmeldung Durchführung der Erhebung**

Dateninhalte, die nicht für den Versorgerwechsel benötigt werden und über die Wechselplattform übermittelt werden, sollten jedenfalls direkt von den Meldepflichtigen an die E-Control zu melden sein (v.a. Preise) - und nicht durch eine eventuelle Erweiterung der Wechselplattform über diese.

Zu der in § 4 Abs. 2 vorgesehenen Regelung wird weiters angemerkt, dass bei Vorliegen einer entsprechenden Einwilligung auch die Meldepflicht auf den BKO überzugehen hat. Nach den Erläuterungen soll dies nicht der Fall sein, damit geht aber die vorgeschlagene Regelung ins Leere.

#### **Zu § 6 Meldetermine**

Zu dem in § 6 geregelten Meldetermin (15.2) ist festzuhalten, dass – wie auch in den Erläuterungen zutreffend wiedergegeben – § 88 Abs. 2 ElWOG 2010 vorsieht, dass die Monitoringdaten von den Meldepflichtigen bis spätestens 31. März des jeweiligen Folgejahres der Regulierungsbehörde zu übermitteln sind.

Dies wurde in der Praxis bisher auch so gehandhabt. Weiters sieht § 14 der Netzdienstleistungsverordnung Strom (END-VO) ebenfalls eine Meldung der dort angeführten Daten bis zum 31.3 eines Jahres vor.

Bis 15.2 müssen ohnehin schon jetzt umfassende Datenmeldungen durchgeführt werden. Um die Qualität der erhobenen Daten sicherstellen zu können, sollte von einer Vorverlegung des Meldetermins Abstand genommen und der ursprüngliche Meldetermin mit 31. März beibehalten werden.

Die in den Erläuterungen angeführten Erwägungen stellen jedenfalls keine sachliche Begründung für das Vorziehen der in der Praxis bewährten Meldetermine dar.

#### **Zu § 8: Inkrafttreten**

Zum Datum des Inkrafttretens und die damit in Zusammenhang stehenden Ausführungen in den Erläuterungen, wonach die erste Datenmeldung basieren auf dieser Verordnung spätestens per 15.2.2018 zu erfolgen habe, wird festgehalten, dass dies die Anordnung einer rückwirkenden Geltung der Verordnung bedeutet und daher abgelehnt wird.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Oesterreichs Energie und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Leonhard Schitter  
Präsident



Dr. Barbara Schmidt  
Generalsekretärin